



öffentlich

Betreff:

Kommunale Immobilien für freie Schulträger

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 08.02.2012

Eingang 902:

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
07.03.2012	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, freien Schulträgern in der Landeshauptstadt keine weiteren städtischen Immobilien durch Vermietung, Verkauf oder Verpachtung mehr zur Verfügung zu stellen.

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> erledigt		<input type="checkbox"/> abgelehnt		
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die Landeshauptstadt Potsdam verfügt bereits über ein breit gefächertes und stark überdurchschnittlich ausgebautes Angebot an freien Schulen. Gleichzeitig wächst aufgrund des Einwohnerzuwachses der Bedarf an Schul- und Kitaplätzen stark an. Potsdam benötigt in mehreren Sozialräumen voraussichtlich weitere Schulstandorte. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Daher ist zuerst die Schaffung öffentlicher Angebote zu gewährleisten, die allen Kindern gleichermaßen zugänglich sind. Um die Stabilität des Systems öffentlicher Schulen in der Landeshauptstadt nicht zu gefährden und zu verhindern, dass die Stadt teure Neubauvorhaben initiieren muss, weil entsprechende städtische Immobilien anderweitig genutzt werden, soll die Gründung weiterer freier Schulen nicht mehr mit kommunalen Immobilien unterstützt werden.